

Pressemitteilung
SSW-Ungdom, 08.11.2023

Keine Form des Antisemitismus darf in Deutschland Platz haben!

Am 09.11.2023 jährt sich die Reichspogromnacht zum 85. Mal. Dazu äußern sich die Grüne Jugend, Jungen Liberale, Jusos, Junge Union und der SSW Ungdom Kiel, sowie das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Kiel:

Am 09.11.1938 griffen die Nationalsozialisten jüdische Geschäfte, Wohnhäuser und Synagogen auf brutale Weise an, deportierten Zehntausende und töteten Hundert Jüdinnen und Juden. Dieser antisemitische Terror fand breite Toleranz und Unterstützung in der deutschen Bevölkerung und war der Beginn des systematischen Völkermords an Jüdinnen und Juden in ganz Europa. Heute erinnern wir an die Opfer der Novemberpogrome sowie der Shoa. Wir erkennen die deutsche Schuld und unsere immerwährende Verantwortung für den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und in der Welt.

Diese Verantwortung muss heute für alle Menschen und Organisationen in Deutschland handlungsleitend sein. Die latenten Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen in der deutschen Bevölkerung liegen laut Leipziger Autoritarismus-Studie bei bis zu 80 Prozent. Auf deutschen Straßen werden bei Demonstrationen antisemitische Parolen skandiert. Wohnhäuser von Jüdinnen und Juden werden mit dem Davidstern markiert und Synagogen angegriffen. Das zeigt: Antisemitismus ist tief in der deutschen Gesellschaft verankert und kein Problem einzelner gesellschaftlicher Gruppen oder einzelner politischer Strömungen. Jüdinnen und Juden in Deutschland leben auch heute in Angst – und seit den Angriffen der terroristischen Hamas vom 07.10.2023 steht ihre Sicherheit auch in Israel in Frage. Wir stehen fest an der Seite Israels und zu seinem Recht auf Selbstverteidigung. Ob rechts, links, islamistisch oder aus der Mitte der Gesellschaft, wir stellen uns gegen jeden Antisemitismus!

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass das islamische Zentrum in

Hamburg geschlossen und die iranische Revolutionsgarde als Terrororganisation eingestuft wird. Zusätzlich ist es unabdingbar, antisemitismuskritische Bildung in der Schule und in der Zivilgesellschaft zu verankern und stärker finanziell zu fördern. Wir fordern die Landesregierung und die Stadt Kiel auf, die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Grundlage ihrer Arbeit gegen Antisemitismus anzuerkennen. Zudem erwarten wir die Beteiligung von jüdischen Organisationen bei der Suche nach einer israelischen Partnerstadt für Kiel.

Im Kampf gegen Antisemitismus brauchen wir die Geschlossenheit aller demokratischen Organisationen und aller Demokratinnen und Demokraten. Denn „nie wieder“, heißt: Keine Form des Antisemitismus darf in Deutschland Platz haben!